

Blum, Ulrich; Ludwig, Udo

Article

Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Blum, Ulrich; Ludwig, Udo (2005) : Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar, *Wirtschaft im Wandel*, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 11, Iss. 6, pp. 163-163

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143392>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Vom Sündenfall zum Sündenbock – Ein Kommentar

Deutschland ist krank. Wirtschaftsreformen wurden viele Jahre verschleppt. Der Glücksfall Deutsche Einheit hat die Reformlust nicht angestachelt, sondern unterdrückt. Heute muss Ostdeutschland vielfach als Sündenbock für die Wachstumsmisere seit den neunziger Jahren herhalten. In Wirklichkeit fällt der Wachstumstrend seit dem Ende des Wirtschaftswunders, und der Rückgang wurde durch die Weichenstellungen in den achtziger Jahren sowie die Sonderkonjunktur im Zuge der deutschen Vereinigung nur vorübergehend unterbrochen. Der wirklich große Sündenfall geschah mit der Wirtschaftspolitik im Rahmen der deutschen Einheit. Anfang der neunziger Jahre erschien es als angemessen, die Kosten der Einheit durch Verschuldung und, im politischen Wunschdenken, den Zugriff auf künftiges Sozialprodukt „wahlneutral“ zu finanzieren. Dies stellte sich aber angesichts des erheblichen Reorganisationsbedarfs der eigenen und der Weltwirtschaft als großer Trugschluss heraus.

Tatsächlich wurde die deutsche Volkswirtschaft mit der Wiedervereinigung im Durchschnitt schwächer, und damit hätte eigentlich die Währung abwerten müssen. Es ist das scheinbare Geheimnis außenwirtschaftlicher Anpassungsprozesse, dass genau dies nicht passierte, sondern sogar das Gegenteil, ein Aufwertungsdruck entstand. In Deutschland verwandelte sich nämlich infolge des Nachfragesogs aus Ostdeutschland und des Investitionsbedarfs der dortigen Wirtschaft der Leistungsbilanzüberschuss der achtziger in ein Defizit der neunziger Jahre; die Schuldenaufnahme zur Finanzierung der deutschen Einheit erzeugte die klassische Lage eines Doppeldefizitlandes. Deutschland benötigte internationales Kapital, um sein privates und öffentliches Defizit infolge des Aufbaus im Osten zu finanzieren. Ein Leistungsbilanzdefizit ist identisch mit Kapitalimporten, wenn nicht die ausländischen Guthaben infolge schlechter Investitionsbedingungen bei der Zentralbank getauscht und abgezogen werden. Genau dies musste die Deutsche Bundesbank verhindern, und zugleich wollte sie auch die durch die Expansion öffentlicher Haushalte bedrohliche Inflationsgefahr abwenden. Sie erhöhte die Zinsen! Die damit für ausländisches Kapital interessanten Anlagemöglichkeiten führten letztlich zu einem gestiegenen Wechselkurs, mit dem Deutschland zunächst in die Europäische Währungsunion und später konkret in den Euro hineinging. Wie stark überhöht der deutsche Wechselkurs in Euro ist, bleibt Gegenstand von Spekulation.

In einer offenen Wirtschaft können sich die Preise für handelbare Güter allenfalls in den lokalen Steuersätzen, insbesondere Verbrauchsteuern, und in den Transportkosten unterscheiden. In einer Währungsunion werden die klassischen Schockabsorber unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung, nämlich der Währungskurs und der Zinssatz, stillgelegt. Als einzige Ausgleichsmöglichkeit verbleiben Preise für lokale Güter und Produktionsfaktoren; das sind insbesondere Arbeitslöhne in den mittleren und unteren Segmenten sowie immobilienbezogene Preise (also Preise für Land, für Grundstücke, für Mieten usw.). Genau hier besteht aktuell ein erheblicher Realanpassungsbedarf, und die Arbeitsmarktreformen haben ihn letztlich nur erleichtert. Die Lohnstückkosten Deutschlands sind in den letzten Jahren international um über 10% gesunken, was deutlich macht, dass Deutschland auf dem rechten Weg ist, dieser Weg aber nicht schnell genug besritten wird. Erst wenn an dieser Stelle die Wettbewerbsfähigkeit wiederhergestellt ist, werden neue Opfer zur Expansion führen. Aktuell wird weitgehend eine Anpassung infolge früherer, fehlgeleiteter Strukturen vollzogen.

Was bedeutet dies für die künftige Entwicklung: Deutschland wird weiter im Bereich der internationalen Güter, wo die Anpassungen bereits vollzogen sind, Weltmeister sein. Es wird möglicherweise noch mehr Kapital ins Ausland bringen, weil Lohnuntergrenzen und Arbeitsmarktrigiditäten die Produktivität internationaler Investitionen noch verstärkt erhöhen. Die künftige Anpassungsleistung muss vor allen Dingen dort erbracht werden, wo lokale Vorleistungen für die international tätigen Unternehmen entstehen, also besonders in der Effizienz öffentlichen Handelns und den Preisen lokaler Güter, die gegenüber dem internationalen Preisniveau noch lange nicht hinreichend nachgegeben haben.

Erst wenn das geschehen ist, kann wieder eine kräftige expansive Wirtschaft in ganz Deutschland erwartet werden.

Ulrich Blum und Udo Ludwig